

Protokoll der Fachausschusssitzung „Schulische Bildung, Weiterbildung und Migration“ des Stadtteilbeirates Walle vom 03.05.2017
Ort: Schulzentrum Walle, Lange Reihe 81, 28217 Bremen

Nr.: XII/03/17

Beginn der Sitzung: 18.30h

Ende der Sitzung: 21.10h

anwesend:

Herr Joseph Heseding
Herr Gerald Höns
Frau Inga Krüger (i.V. für Frau Büchler)
Herr Ingo Lenz
Herrn Gerald Wagner (i.V. für Frau Grziwa-Pohlmann)
Herr Jens Oldenburg
Frau Schaudin-Fischer
Frau Dr. Stoklosinski (i.V. für Frau Witt)

verhindert sind:

Herr Hauke van Almelo
Frau Susann Büchler
Frau Brigitte Grziwa-Pohlmann
Herr Manfred Schäfer
Frau Nicoletta Witt

Gäste:

Herr Möller und Herr Wicke, Schulleitungen SZ Walle
Herr Dr. Sorge, SKB
VertreterInnen der Schulen:
OS Waller Ring, OS Helgolander Straße, SZ Walle, SZ Rübekamp, SZ Grenzstraße, TBZ,
GS Melanchthonstraße, GS Pulverberg
ElternvertreterInnen von Schulen im Bremer Westen
Frau Velten, Stadtteil-Kurier

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- TOP 1:** Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2:** Genehmigung der Protokolle Nr. XII/01/17 vom 01.03.2017 (gem. Sitzung mit FA Überseestadt) und Nr. XII/02/17 vom 21.03.2017 (gem. Sitzung der Bildungsausschüsse Fi, Wa, Grö)
- TOP 3:** Aktuelle Planungen und Projekte am Schulzentrum Walle
Gastgeber: Herr Matthias Möller, Schulleiter
- TOP 4:** Schulverbünde und Zuordnung von Oberschulen zu Oberstufen im Stadtteil dazu eingeladen:
Herr Dr. Sorge, Bildungsressort
Vertretungen der Schulen SZ Walle, SZ Rübekamp, SZ Utbremen, SZ Grenzstraße
- TOP 5:** Nachbereitung der gemeinsamen Sitzung der Bildungsausschüsse Findorff, Walle und Gröpelingen vom 21.03.2017:
Erörterung Forderungskatalog Bündnis 90/Die Grünen sowie Anträge der Linkspartei „Initiative für ein Start-Konzept zur Lehrkräftegewinnung“ und „Transparenz in der Bildungsplanung herstellen. ...“
- TOP 6:** Aktuelles aus dem Bereich Jugendbeteiligung im Stadtteil
- TOP 7:** Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle Nr. XII/01/17 vom 01.03.2017 (gem. Sitzung mit FA Überseestadt) und Nr. XII/02/17 vom 21.03.2017 (gem. Sitzung der Bildungsausschüsse Fi, Wa, Grö)

Das Protokoll vom 01.03.2017 wird genehmigt.

Das Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Bildungsausschüsse vom 21.03.2017 befindet sich gegenwärtig zur Durchsicht bei den Ausschusssprecher*innen.

TOP 3: Aktuelle Planungen und Projekte am Schulzentrum Walle

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Möller und Herr Wicke vom Schulzentrum Walle zu Gast.

Unter Einbeziehung von Fragen aus dem Publikum wird u.a. Folgendes berichtet:

- Das Schulzentrum besteht aus einer gymnasialen Oberstufe und der Berufsschule für Gesundheit. Betont wird die wichtige Bedeutung der Vernetzung von beruflicher Bildung und schulischer Bildung.
- Das berufliche Gymnasium Gesundheit läuft erfolgreich. Das SZ sei zudem Modellschule im Lernfeld Berufsbildung.
- Kürzlich fanden eine Podiumsdiskussion und ein Workshop zum Thema „Radikalisierung von Jugendlichen“ statt.
- Kooperationen u.a. mit dem Schulzentrum Rübekamp, Vaja e.V. und dem Gesundheitstreffpunkt West
- Derzeit laufen am Schulzentrum zwei Vorkurse und drei berufsorientierende Maßnahmen für Schüler*innen aus geflüchteten Familien. Ein weiterer Ausbau dieses Bereiches sei unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich.
- Der Schulleiter stellt seine Sorge hinsichtlich der Ausstattung der Oberstufe dar: Statt vier Profilen plane das Bildungsressort eine Reduzierung auf drei Profile. Diese Thematik wird im Rahmen von Tagesordnungspunkt 4 vertieft.
- Aufstellung von Kita-Mobilbauten auf dem Gelände des Schulzentrums: Die Schulleitung berichtet über eine ungenügende Information zum geplanten Aufstellungsverfahren. Die Schule sei nicht gegen die Kita-Container, hätte sich aber eine bessere Einbeziehung in das Verfahren gewünscht. Der Ausschuss erörtert die praktische Umsetzung „SoPro-Mob“ (Sofortprogramm-Mobilbauten) am Standort Lange Reihe.

Im Ergebnis ergeht folgende Stellungnahme (einstimmig):

Der Ausschuss hält eine frühzeitige Beteiligung und umfassende Information der Beteiligten vor Ort zum Aufstellungsverfahren der Kita-Mobilbauten für erforderlich. Die Senatorin für Kinder und Bildung wird gebeten, das Schulzentrum Walle in die nächsten Schritte des Aufstellungsverfahrens der Container frühzeitig einzubeziehen.

Der Ausschuss bedankt sich bei den Schulleitungen für die informative Vorstellung ihrer Schule und die Möglichkeit, am heutigen Abend im Schulzentrum tagen zu dürfen.

TOP 4: Schulverbände und Zuordnung von Oberschulen zu Oberstufen im Stadtteil

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Dr. Sorge aus dem Bildungsressort zu Gast. Einführend stellt der Ausschusssprecher die Vorgeschichte zur Thematik Schulverbände und Zuordnung von Oberschulen zu Oberstufen im Bremer Westen dar.

Dann beschreibt der Sprecher der Bildungsbehörde zum Thema u.a. Folgendes:

Schulverbände

Dem Schulzentrum Rübekamp sind drei Schulen zugeordnet, dem Schulzentrum Walle eine Schule.

Ein Kooperationsvertrag zwischen der NOG und einer Oberstufe bestehe noch nicht. Zwei Schulen in Gröpelingen sind demnach noch nicht zugeordnet. Diesbezüglich soll eine Klärung soll bis zum Sommer erfolgen.

Frage aus dem Ausschuss:

- Ist eine Doppelzuordnung von Oberschulen zu Oberstufen möglich? Laut Herrn Dr. Sorge sei das rechtlich problematisch.

Der Ausschuss und im Publikum anwesende Vertretungen der Schulen erörtern Vor- und Nachteile einer festen Zuordnung von Oberschulen zu Oberstufen gegenüber einem offenen Zuordnungsverfahren (Praxis in Bremen). In der Beratung von Eltern und Schüler*innen sollten die Interessen und Fähigkeiten des einzelnen Kindes im Mittelpunkt stehen.

Anzahl Profile an Oberstufen

Laut des Referenten der Bildungsbehörde wird es keine Oberstufe an der NOG geben. Profile an den Oberstufen sollen ausreichend groß gestaltet sein. Laut der prognostizierten Schülerzahlen bis 2021 sei die derzeitige Ausstattung mit Oberstufen im Bremer Westen auskömmlich, die etablierten Oberstufen sollen bestehen bleiben. Wird die Überlegung, einzelne Angebote für Oberstufenschüler*innen an der NOG einzurichten verfolgt? Darüber ist nichts bekannt.

Der Schulleiter des SZ Walle stellt dar, dass die Bildungsbehörde an seiner Schule die Anzahl der Profile von vier auf drei Profile reduzieren will und am SZ Rübekamp die Anzahl der Profile von fünf auf sechs Profile steigern will. Für das SZ Walle ergeben daraus negative Folgen bis hin zur möglichen Schließung der Oberstufe wegen zu erwartender sinkender Schülerzahlen. Je weniger Profile eine Oberstufe hat, desto unattraktiver werde sie im Auswahlverfahren.

Das SZ Rübekamp strebte eine Erhöhung der Profile nicht an.

Der Ausschuss erörtert die Ausstattung von Oberstufen mit unterschiedlichen Anzahlen von Profilen und spricht sich für die langfristige Absicherung beider Waller Oberstufen aus.

Im Ergebnis wird dem folgenden, mündlich formulierten, Beschlusstext einstimmig zugestimmt:

Der Ausschuss fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, die Oberstufen am Schulzentrum Walle und am Schulzentrum Rübekamp langfristig abzusichern.

In diesem Zusammenhang ist die derzeitige Anzahl von Profilen (fünf Profile am SZ Rübekamp, vier Profile am SZ Walle) beizubehalten und für die Zukunft abzusichern.

Im Rahmen der heutigen Ausschusssitzung teilte der Referent der Bildungsbehörde mit, dass keine Planungen bestehen, eine zusätzliche Oberstufe an der NOG einzurichten. Vor diesem Hintergrund bittet der Beirat ergänzend um Rückäußerung zur konkreten Oberstufenplanung ab dem Schuljahr 2018/2019 im Bremer Westen

Der Beschlusstext wird im Nachgang durch den Ausschusssprecher und die Vorsitzende ausformuliert und SKB zugeleitet.

Die stellvertretende Schulleiterin des SZ Grenzstraße weist auf die vielfältigen Angebote und Möglichkeiten von beruflichen Gymnasien im Bremer Westen (einschl. TBZ) hin. Der Ausschuss spricht sich für eine ausführliche Beschäftigung mit dieser Schulform in einer der nächsten Sitzungen aus.

TOP 5: Nachbereitung der gemeinsamen Sitzung der Bildungsausschüsse Findorff, Walle und Gröpelingen vom 21.03.2017

Forderungskatalog Inklusion der Fachausschüsse für Bildung der Stadtteilbeiräte Findorff, Walle und Gröpelingen an die Senatorin für Kinder und Bildung

Der Forderungskatalog (s. Anlage 1) wurde den Ausschussmitgliedern im Vorfeld der Sitzung zugeleitet. Aus Zeitgründen konnte das Papier in der gemeinsamen Ausschusssitzung nicht abgestimmt werden.

Die Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen erläutert die Forderungen der Zusammenstellung. Der Ausschuss erörtert den Katalog.

Beschluss (einstimmig):
Der Ausschuss stimmt den aufgeführten Forderungen zu.

Antrag der Linkspartei

„Transparenz in der Bildungsplanung herstellen. Öffentliche Planungskonferenz zur Schulentwicklung für den Bremer Westen durchführen!“

Der Antrag (s. Anlage 2) konnte aus Zeitgründen nicht in der gemeinsamen Sitzung der Bildungsausschüsse vom 21.03.2017 abgestimmt werden und wurde zur weiteren Befassung den einzelnen Fachausschüssen zugeleitet.

Der Vertreter der Linkspartei erläutert den Antrag.

Der Ausschuss erörtert den Antrag.

Änderung in Absatz 4: Statt „die Bildungsausschüsse plädieren“ muss es nunmehr heißen „der Bildungsausschuss Walle plädiert.....“

Beschluss (einstimmig):
Der Ausschuss stimmt dem geringfügig geänderten Antrag zu.

Antrag der Linkspartei

„Initiative für ein Start-Konzept zur Lehrkräftegewinnung“

Der Antrag (s. Anlage 3) konnte aus Zeitgründen nicht in der gemeinsamen Sitzung der Bildungsausschüsse vom 21.03.2017 abgestimmt werden und wurde zur weiteren Befassung den einzelnen Fachausschüssen zugeleitet.

Der Vertreter der Linkspartei erläutert den Antrag, anschließend erfolgt die Erörterung im Ausschuss.

Änderung: Der Ausschuss spricht sich dafür aus, in Absatz 4 den Passus „... zur Hälfte“ zu streichen.

Beschluss (einstimmig):
Der Ausschuss stimmt dem geringfügig geänderten Antrag zu.

An dieser Stelle weist die Schulleiterin der Oberschule am Waller Ring erneut darauf hin, dass die Schule nach wie vor dringend eine zusätzliche Stelle für eine/n Sozialpädagogin/en benötigt.

Der Ausschuss erörtert die Situation.

Im Ergebnis ergeht folgender Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss erneuert seinen Beschluss vom 24.08.2016 und fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, eine zusätzliche Sozialpädagoginnen/en-Stelle an der Oberschule am Waller Ring zu schaffen.

Der Beschluss soll im Nachgang vom Ausschusssprecher und der Vorsitzenden verschriftlicht und SKB zugeleitet werden.

TOP 6: Aktuelles aus dem Bereich Jugendbeteiligung im Stadtteil

Der Ausschusssprecher (gleichzeitig Delegierter für Jugendbeteiligung des Beirates Walle) berichtet zum Sachstand „Vorbereitung und Durchführung eines alternativen Sportfestes“ im Sportpark in der Überseestadt. Ein erstes gemeinsames Treffen mit Schüler*innen der Ober-

schulen Helgolander Straße, Waller Ring und Vertreter*innen des Vereins Sportgarten, dem LidiceHaus und dem Beirat hat stattgefunden. Die Jugendlichen haben ihre Vorstellungen und Ideen formuliert. Jetzt muss geschaut werden, welche Projektideen umgesetzt werden können.

TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Sachstand Beschluss „Pädagogischen Mittagstisch an der Grundschule Nordstraße erhalten“
SKB teilt mit, dass das Abstimmungsverfahren innerhalb der Behörde noch nicht abgeschlossen ist. Eine Antwort soll zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 31.05.2017 vorliegen.

Kenntnisnahme.

Rückäußerung SKB vom 28.04.2017 zum Beschluss vom 01.03.2017 „Sonderpädagogische Förderung frühzeitig absichern“

Der Ausschuss bespricht das Antwortschreiben.

Aus dem Publikum wird zur augenblicklichen Situation an der Schule berichtet.

Die Thematik soll in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Rückäußerung SKB vom 11.04.2017 zum Beschluss vom 01.03.2017 „Bauliche Erweiterung der Grundschule an der Nordstraße“

Das Schreiben wird erörtert. Lt. SKB wird bis Mitte Mai 2017 mit einer konkreten Darlegung durch IB gerechnet.

Das Antwortschreiben soll zunächst abgewartet werden.

Schreiben Eltern vom SZ Walle vom 09.03.2017 zum Stundenausfall an der Schule

Eine anwesende Mutter berichtet, dass zwischenzeitlich das Antwortschreiben der Senatorin bei ihr eingegangen ist.

Das Schreiben soll dem Ausschuss zugeleitet und in der nächsten Sitzung besprochen werden.

Fragen und Anmerkungen aus dem Ausschuss:

- Der Ausschusssprecher bittet um Verlegung der nächsten Sitzung auf den 20.06.2017 um 18.30h (statt 21.06.2017). Einige Ausschussmitglieder müssen das Datum mit anderen Terminen abgleichen. Bei Terminkollisionen soll das Ortsamt informiert werden.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecher:

P. Müller

J. Heseding

**Forderungskatalog
der Fachausschüsse für Bildung der Stadtteilbeiräte Findorff, Walle und Gröpelingen
an die Senatorin für Kinder und Bildung**

Gemeinsames inklusives Lernen und das Recht auf Bildung und Teilhabe müssen gelingend umgesetzt werden. Für eine gelingende Umsetzung sind folgende Punkte unerlässlich:

- Die Personalversorgung ist an jeder Schule in der Art sicherzustellen, dass sie weder zu Unterrichtsausfall, noch zu Mehrbelastungen der Lehr- und Fachkräfte führt. Dies gilt für Regel- wie für Förderstunden.
- Anpassung der Besoldung des Lehrpersonals an die Standards aus Niedersachsen um auch Lehrerinnen und Lehrer anderer Bundesländer gewinnen zu können.
- Alle ZUP-Leitungsstellen sind unverzüglich zu besetzen.
- Eine zusätzliche Unterstützung für SprachanfängerInnen ist für all jene vorzuhalten, die nach Durchlaufen des Vorkurses dem Regelunterricht noch nicht ausreichend folgen können.
- Der beschlossene Stellenaufbau für die ReBUZentren ist unverzüglich umzusetzen. Zusätzlich ist eine bedarfsgerechte Vertretungsreserve auch für ReBUZ einzurichten.
- Da der Anteil der SuS über dem Regelstandard an den Oberschulen durchschnittlich im niedrigen einstelligen Bereich, im Vergleich dazu, der der SuS mit Förderbedarf bei über 25% liegt (diagnostizierter sonderpäd. Förderbedarf je nach Schule zw. 15 + 20%), ist eine durchgängige Doppelbesetzung in allen Klassen und Jahrgängen sicherzustellen.
- Ausschreibung für Doppelbesetzungen sind flexibel zu halten, damit es möglich ist, auch qualifiziertes Personal ohne 2. Staatsexamen oder auch aus anderen pädagogischen Berufsgruppen als Doppelbesetzung einzustellen.
- Keine Doppelbesetzungen über Behördenvereine (wie Stadtteilschule) um Zeitarbeitsverträge zu verhindern und das pädagogische Personal sozial abgesichert zu beschäftigen
- Eine bedarfsgerechte Erhöhung der Sonderpädagogikstunden in Grund- und Oberschulen ist unerlässlich und wird sofort gebraucht, um sowohl SuS mit als auch ohne Förderbedarf im Unterricht gerecht werden zu können.
- Um bestehende Schulen nicht weiter zu überfordern, sind umgehend ausreichend neue Schulplätze zu schaffen.
- Beschleunigung der Planungsschritte zum Bau neuer Schulen.
- Gemeinsame Planungsschritte der an den Schulimmobilien beteiligten Behörden und unterschiedlichen Senatsabteilungen sind regelmäßig vorzunehmen um sich nicht ständig gegenseitig zu blockieren.
- Die räumliche Ausstattung der Schulen ist den steigenden Anforderungen anzupassen. (Klassenräume, Differenzierungsräume, Fachräume, Sporthallen)

All dies sollte EIGENTLICH selbstverständlich sein. Um so bedauerlicher ist es, dass auf diese Missstände immer noch und immer wieder hingewiesen werden muss. Senat und Bürgerschaft müssen umgehend und umfassend reagieren!

DIE LINKE. Im Beirat Findorff, Walle, Gröpelingen
c/o Jörg Tapking, Geestemünder Str. 19, 28219 Bremen

Verteiler per Mail

Gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse Bildung der Beiräte Findorff, Walle, Gröpelingen am 21.03.2017

Beschlussantrag: Transparenz in der Bildungsplanung herstellen. Öffentliche Planungskonferenz zur Schulentwicklung für den Bremer Westen durchführen!

Die Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen fordern die Senatorin für Kinder und Bildung auf, noch vor den Sommerferien eine erste öffentliche Planungskonferenz zur Schulentwicklung im Bremer Westen durchzuführen.

Mit dieser Konferenz sollen die behördlichen Planungen im Hinblick auf die zahlenmäßige Entwicklung des Schulplatzangebotes und dem Fachkräftebedarf unter Berücksichtigung der pädagogischen Herausforderungen inklusiver Schulen detailliert dargestellt und erörtert werden.

An dieser Konferenz sollen Vertreter/innen der Schulen, die Bildungsausschüsse, Elternverteter und Schülervertretungen teilnehmen können.

Die Bildungsausschüsse plädieren dafür, diese Planungskonferenzen jährlich durchzuführen um somit Transparenz und demokratische Teilhabe zu stärken.

Begründung:

Die Schulbildung ist eine öffentliche Angelegenheit.

Die bisher angewandte behördlichen Herangehensweise des Reagierens auf vermeintlich unvorhersehbare Entwicklungen führte in der Vergangenheit immer wieder zu negativen Auswirkungen auf die jeweils betroffenen Schulen.

Die Schulstandortplanung bis zum Jahre 2025 war ebenfalls ein nachdrückliches Beispiel dafür, wie die Realitäten der Schulen vor Ort im Hinblick auf die aktuelleren Entwicklungen und vorhandenen Defiziten unberücksichtigt blieben.

Vielmehr ist es notwendig eine Planung zu gewährleisten, die den Herausforderungen der Zukunft angesichts der steigenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern und den zunehmenden Herausforderungen für das pädagogische Handeln entspricht.

Inklusion bedeutet die beste Förderung aller Schülerinnen und Schülern in einer Schule für alle. Notwendig dafür sind u.a. genügend Lehrerinnen und Lehrer sowie nicht unterrichtendes Personal wie auch lernförderliche Räume die Vielfalt und Individualität ermöglichen.

Diesen Anforderungen kommen die behördlichen Planungen nicht nach. Eine Einbeziehung schulischer und schulpolitischer Akteure vor Ort ist dringend geboten um eine Schulentwicklung anzustoßen, die den Herausforderungen entspricht.

Gez. Christian Gloede, Ingo Lenz, Bernd Brejla

Anlage B

DIE LINKE.

Beiratsfraktionen HB West

DIE LINKE. Beiratsfraktionen HB West

Verteiler
per Mail

www.dielinke-bremen-nordwest.de/

Bremen, den 17.03.17

Antrag der Fraktionen DIE LINKE. der Beiräte Gröpelingen, Walle und Findorff an die Bildungsausschüsse des Bremer Westens zur Sitzung am 21.3.2017

Initiative für ein Start-Konzept zur Lehrkräftegewinnung

Die Bildungsausschüsse der Stadtteile Gröpelingen, Walle und Findorff mögen beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. mit der Universität Bremen Gespräche mit dem Ziel zu führen, spätestens zum Wintersemester 2018/2019 weitere Lehramtsstudienplätze einzurichten und entsprechende Haushaltsmittel in den zu beschließenden Doppelhaushalt 2018/2019 einzustellen.
2. Lehrkräfte, insbesondere Klassenleitungen an Schulen in prekärer Lage durch eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung zu entlasten. Hierzu wird der Senat aufgefordert, entsprechende Haushaltsmittel in den zu beschließenden Doppelhaushalt 2018/2019 einzustellen.
3. ein Personalentwicklungskonzept zu entwickeln, das gezielt erfahrene Lehrkräfte in Teilzeit anspricht. Ziel ist, sie durch Entlastungsangebote zu motivieren, auf eine volle Stelle zurückzukehren.
4. Es ist sicherzustellen, dass alle inklusiv arbeitenden Klassen mindestens zur Hälfte der Unterrichtszeit in Doppelbesetzung (durch Lehrkräfte) geführt werden. Gerade in Schulen in prekärer Lage ist zudem sicherzustellen, dass Fachkräfte der Schulsozialarbeit im Umfang von mindestens einer Vollzeitstelle/Jahrgang eingesetzt werden. Die entsprechenden Mittel sind im Doppelhaushalt 2018/19 einzustellen.

Begründung:

Im Bremer Westen, insbesondere in Orts- und Stadtteilen in prekärer Lage, erleben wir seit langem, dass Lehrkräfte unter besonders schwierigen Bedingungen unterrichten müssen. Insbesondere in Gröpelingen und Oslebshausen ist die Schüler*innenschaft geprägt von Armut, einer hohen Migrationsquote sowie einem überdurchschnittlichen Förderbedarf.

Im Bremer Westen schlägt sich der bundesweit spürbare Fachkräftemangel insbesondere darin nieder, dass v. a. diese Schulstandorte mit Lehrkräften unterversorgt sind. Dies gilt bis hin zu Schulleitungen. Bis zu 20 Prozent der Unterrichtsversorgung wird z.T. durch nicht voll ausgebildete Lehrkräfte und Studierende

„sichergestellt“. An einer Oberschule waren zum 01.02.2017 sieben Lehrerstellen nicht besetzt, fast überall fehlen Sonderpädagog*innen und ZUP-Leitungen. Dadurch ist der Aufbau inklusiver Strukturen an den Schulen massiv gefährdet bis unmöglich! Klassenleitungen übernehmen zudem überdurchschnittlich häufig Aufgaben außerhalb ihrer Kernaufgaben, z.B. im Rahmen gesetzlich vorgeschriebener Fallkonferenzen und sie übernehmen oft Mittlerfunktion zwischen Elternhaus und staatlichen Institutionen.

Allein die Ausbildung von mehr Lehrkräften würde einige Jahre in Anspruch nehmen, bis ein erster stärkerer Ausbildungsjahrgang an die Schulen käme. Zugleich ist mit einem starken Familiennachzug anerkannter Flüchtlinge in den Jahren 2017 und 2018 zu rechnen. Die Situation gerade an den Schulen in prekärer Lage wird damit eher angespannter werden. Hierdurch entsteht ein unverzüglicher Handlungsbedarf.

Bremen, den 17.3.2017

Bernd Brejla, Gröpelingen

Ingo Lenz, Walle

Christian Gloede, Findorff